ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hartmann, Hans-Joachim

Article — Digitized Version

Neue Devisenhilfen für Entwicklungsländer? Welthandelskonferenz fordert zusätzliches Finanzierungsinstrument

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hartmann, Hans-Joachim (1966) : Neue Devisenhilfen für Entwicklungsländer? Welthandelskonferenz fordert zusätzliches Finanzierungsinstrument, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 46, Iss. 6, pp. 308-310

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/133603

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

wenn nicht überkompensiert von der sehr viel größeren Unsicherheit über die Entwicklung der Nachfrage nach deutschen Exportgütern in den Vereinigten Staaten. In den langen Jahren der „Importierten Inflation" stiegen anders als in Deutschland auch die Löhne entsprechend stärker, als sie sonst gestiegen wären und erhöhten auf diese Weise auch das Kostenniveau der deutschen Exportindustrie sehr viel stärker. Auf diese Weise wurde die durch die Unterbewertung der D-Mark bewirkte Exportbegünstigung zum Teil wieder wettgemacht.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wie steht es mit dem Kursrisiko selbst?

SOHMEN: Ja, das ist vielleicht das Allerwichtigste! Man muß immer wieder darauf hinweisen, daß es ja Devisenterminmärkte gibt, an denen sich die Teilnehmer am internationalen Handel jeweils im voraus absichern können. Wenn jemand heute ein Exportgeschäft abschließt und Bezahlung für seine Exporte in sechs Monaten erwartet, so kann er den erwarteten Eingang in fremder Währung heute auf dem Devisenterminmarkt für sechs Monate zu einem heute schon bekannten Kurs verkaufen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Nun wird von seiten der Praxis sehr oft argumentiert, daß es bisher keineswegs immer sicher war, daß die Möglichkeit der Abdeckung des Kursrisikos auf Devisenterminmärkten besteht. Die Erfahrung habe gezeigt, daß zu gewissen Zeiten die Abdeckung dieses Risikos nicht möglich ist, z. B. in den Wochen unmittelbar nach der Aufwertung der D-Mark im Jahre 1961.

SOHMEN: Dabei wird völlig vergessen, daß es sich hier um Erscheinungen handelt, die in einem System der Stufen-Flexibilität der Wechselkurse, also im heutigen System, aufgetreten sind und die gerade in diesem System leider sehr oft auftreten können. Man darf die Erfahrungen aus diesem System selbstverständlich nicht auf ein System beweglicherer Wechselkurse übertragen. Hier wäre nämlich ein Zusammenbruch der Terminmärkte, wie er gelegentlich im heutigen System beobachtet wird, praktisch ausgeschlossen. Sowohl der Terminkurs wie der Kassa-Kurs könnten sich jeweils völlig frei auf das augenblickliche Gleichgewichtsniveau einspielen. Der Grund, warum die Devisenterminmärkte in der Zeit nach der D-Mark-Aufwertung zusammenbrachen, ist einfach, daß die Terminmärkte nicht von den Notenbanken gestützt wurden und daß die Notenbanken in Zeiten größerer Währungsunsicherheit heute praktisch gezwungen sind, durch administrative Maßnahmen oder durch „Seelenmassage" darauf hinzuwirken, daß Termingeschäfte, die nicht unmittelbar auf Export- oder Importgeschäfte zurückgehen, nicht abgeschlossen werden. Dadurch, daß zu solchen Zeiten alle nicht direkt mit dem Warenhandel zusammenhängenden Devisentermingeschäfte mehr oder weniger erfolgreich verhindert werden, fehlt den kommerziellen Händlern der Marktpartner, der die jeweils gewünschten Termin-Devisen anbieten oder nachfragen würde. Aus diesem Grunde ergibt sich in solchen Zeiten die große Gefahr eines völligen Zusammenbruchs dieser Märkte. Gerade das würde aber bei größerer Flexibilität der Wechselkurse vermieden.

WIRTSCHAFTSDIENST: Auf eine Formel gebracht, könnte man vielleicht sagen: Das von Ihnen vorgeschlagene System ist in Wirklichkeit ein System größerer Sicherheit für alle Beteiligten. Während die heutige Währungsordnung dazu zwingt, das Kind immer erst dann zu retten, wenn es schon in den Brunnen gefallen ist, soll das von den 27 Experten vorgeschlagene System das Kind von vornherein daran hindern, dem Brunnen zu nahe zu kommen.

SOHMEN: Ganz richtig. Das ist die Quintessenz der Vorschläge.

T 59 (1966)

Neue Devisenhilfen für Entwicklungsländer?

Welthandelskonferenz fordert zusätzliches Finanzierungsinstrument

Mit der Resolution A-IV-18 beauftragte die Genfer Welthandelskonferenz die Weltbank (IBRD) mit der Ausarbeitung eines Vorschlages zur langfristigen Ergänzungsfinanzierung von kurzfristigen Exporterlösausfällen der Entwicklungsländer. Diese Studie liegt jetzt vor. Der damit aufgeworfene Fragenkreis bedarf einer eingehenden Diskussion.

Der neue Mechanismus soll helfen, die Probleme zu lösen, die aus einem Abweichen der tatsächlichen Exportentwicklung von den Erwartungen resultieren und die nicht mit einer kurzfristigen Zahlungsbilanzhilfe beseitigt werden können. Er sollte den Entwicklungsländern längerfristige Unterstützung geben, die dazu beiträgt, Störungen ihrer Entwicklungsprogramme zu vermeiden." Diese Forderung der Entwicklungsländer an die Adresse der Industrienationen ist ein weiterer Versuch in dem Bukett der Bemühungen, die negativen Auswirkungen der internationalen Rohstoffpreisschwankungen auf die Devisenbilanz, die Haushalte und damit das gesamte volkswirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer zu vermeiden. Dieser Wunsch ist — besonders aus der Sicht der Länder, deren Deviseneinnahmen zu 70 % und mehr aus dem Verkauf eines einzigen Produktes resultieren — mehr als verständlich. Ob der neue Weg, der parallel zu

den Bestrebungen, internationale Rohstoffabkommen abzuschließen, läuft, allerdings zum Ziel führt, muß — jedenfalls bisher — bezweifelt werden.

Scheinbar einfaches System

In einer umfangreichen Studie (Supplementary Financial Measures — IBRD, Washington, Dezember 1965) ist die Weltbank dem Wunsch der Welthandelskonferenz nachgekommen und hat ein Schema für derartige Finanzierungen ausgearbeitet, das jetzt den nationalen und internationalen Gremien zur Begutachtung vorliegt. Auf den ersten Blick scheint der vorgeschlagene Mechanismus sehr einfach und elastisch zu sein: Angenommen, ein Entwicklungsland erleidet durch einen plötzlichen Preiseinbruch am Weltmarkt bei einem Erzeugnis, das für seine Exporteinnahmen von nennenswerter Bedeutung ist, einen so großen Devisenausfall, daß die aufgestellten Entwicklungsprogramme in Gefahr geraten, dann soll eine internationale Organisation mit Krediten — automatisch — in die Bresche springen. Das Wirksamwerden der vertraglichen Kreditvereinbarungen zwischen der internationalen Organisation (die Welthandelskonferenz-Resolution schlägt die Weltbanktochter IDA vor, während die Studie zunächst nur von der „Agentur" spricht, eine Sprachregelung, der hier gefolgt werden soll) und dem jeweiligen Entwicklungsland ist aber nach den Vorstellungen der Weltbank an eine ganze Menge von Voraussetzungen geknüpft:

- ☐ Erstens müssen sich die Vertragspartner auf eine realistische Exporterwartung einigen,
- ☐ zweitens müssen umfassende Entwicklungspläne, die sich im Rahmen des Möglichen bewegen, erstellt werden,
- ☐ drittens muß im Falle der Auszahlung der Kredite volles Einvernehmen über die zur Begegnung der neuen Situation notwendigen innerwirtschaftlichen Maßnahmen bestehen und
- ☐ viertens sind vorher alle anderweitigen ausländischen Kreditquellen auszuschöpfen.

„Realistische" Exporterwartung

Bereits diese vier Punkte werfen eine Reihe von Problemen auf. Erfordert nicht eine Einigung über die realistischen Exporterwartungen eine wohl in den seltensten Fällen nur zu erzielende nüchterne, unpolitische Trennung zwischen Wunsch und Wirklichkeit? Ganz zu schweigen von den technischen Problemen bei der bloßen Berechnung dieser Erwartungen. Für die beabsichtigte Ergänzungsfinanzierung wird man sich zwar auf gewisse Erfahrungen anderer Organisationen stützen können. So hat der Internationale Währungsfonds zur Vorausberechnung der Exporteinnahmen, die ja unerläßliche Voraussetzung für jede Zahlungsbilanzprognose ist, einige Methoden entwickelt. Die dabei erzielten Ergebnisse werden allgemein als relativ gut bezeichnet. Trotzdem sind alle derartigen Vorausberechnungen immer mit einer Fülle von Imponderabilien belastet. Die für das vorgesehene Schema wohl geeignetste Methode ist die der Berechnung eines beweglichen Durchschnitts einer Fünfjahresperiode, wobei man die Bestimmungsfaktoren für die Exportaussichten einiger Produktgruppen in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt. Allerdings werden die Berechnungen für diese Zwecke auch die möglichen Wirtschaftspolitiken, bzw. die geplanten wirtschaftspolitischen Maßnahmen in die Betrachtung einbeziehen müssen.

Statistik und Verwaltungsapparat

Eine Entwicklungsplanung und eine darauf abgestimmte interne Wirtschaftspolitik schließt nach den Vorstellungen der Weltbank einen Finanzierungsplan für die öffentlichen Investitionen ein, ferner eine bestmögliche Schätzung der privaten Investitionen, eine genaue Ermittlung des Investitionsniveaus in den verschiedenen volkswirtschaftlichen Bereichen sowie eine Erfassung der heimischen und der internationalen Finanzquellen. Hinzukommen muß noch eine Zahlungsbilanzvorausschau einschließlich der wichtigsten Export- und Importerwartungen, nicht zu vergessen eine Prognose der eigenen Währungsreserven. Nun räumt die Weltbank zwar ein, daß viele Entwicklungsländer noch nicht in der Lage seien, derartige Bedingungen zu erfüllen, weil sie weder das statistische Material noch den Verwaltungsapparat hätten. In diesen Fällen soll sich die Vorausschau auf jene Sektoren beschränken, die schon dazu in der Lage sind. Unabhängig von der Tatsache, daß eine solche Rationalisierung ein Idealzustand, der nicht nur für die Entwicklungsländer zu erstreben ist, wäre, muß trotzdem stark bezweifelt werden, ob es überhaupt schon irgendein Entwicklungsland gibt, das heute die hohen Anforderungen des geplanten Schemas erfüllen könnte. Und selbst wenn dies in einigen Fällen möglich sein sollte, die Masse der Staaten kann es keinesfalls. In dem Augenblick jedoch, wo ein Land wegen „Erfüllung des Klassenziels" in den Genuß der Kredite käme, werden alle anderen den gleichen Anspruch mit politischer Begründung erheben.

Industrieländer sollen zahlen

Des weiteren wird sicher die für den Fall der Kreditinanspruchnahme vorgesehene Abstimmung mit den anderen Kreditmöglichkeiten, d. h. mit den anderen internationalen Organisationen — wie etwa der Weltbank, dem Währungsfonds, der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der Allianz für den Fortschritt in Lateinamerika oder der OECD —, in der Praxis eine Menge Probleme mit sich bringen und wahrscheinlich eine Menge Zeit in Anspruch nehmen.

Über das Ausmaß der benötigten Mittel hat die Weltbank nur Schätzungen angestellt. Sie rechnet mit einem Jahresbedarf von 300 bis 400 Mill. $, wobei der Agentur etwa fünf Jahresquoten zur Verfügung gestellt werden müßten, denn erst nach Ablauf dieser Zeitspanne rechnet man mit den ersten Rückflüssen,

die dann wieder neu ausgeliehen werden können. Eines ist — wenigstens nach dem Text der Resolution der Welthandelskonferenz — sicher: Alleinbegünstigte des Fonds werden die Entwicklungsländer sein, und zur Kasse werden die Industrienationen gebeten. Die Weltbank hat in ihrer Studie noch keine Überlegungen angestellt, wie die neue Last zwischen den Industrieländern aufzuteilen ist. Sie konnte dies auch nicht, denn hier handelt es sich um ein rein politisches Problem, das aber gewiß eine Menge Zündstoff in sich birgt. Letzten Endes muß diese neue Anforderung von 1,5 bis 2 Mrd. $ im Zusammenhang mit den vielen anderen Wünschen gesehen werden! Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an die bei allen Rohstoffabkommen vorgesehenen Pufferstocks, die selbstverständlich auch von den Industrieländern finanziert werden sollten. Zumindest für die Bundesrepublik dürften diese neuen Belastungen angesichts der bekannten Haushaltslage noch manches Kopfzerbrechen bereiten. Daß von dem Betrag nur ein kleiner Prozentsatz in bar und der Rest in Sichtwechseln eingezahlt werden muß, ändert an der grundsätzlichen Situation nur wenig.

Flexible Konditionen

Ebensowenig wie zur Mittelaufbringung hat sich die Weltbank in der vorliegenden Studie schon zur Frage der Kreditkonditionen geäußert. Auf jeden Fall sollen sie zu einem niedrigen Zinssatz gegeben werden und hinsichtlich der Laufzeit den „anderen internationalen Krediten" entsprechen, womit wohl gesagt sein soll, daß sie mindestens fünf Jahre laufen werden, in den meisten Fällen sogar länger. Damit werden sie langfristiger sein als die kurzfristigen Überziehungsmöglichkeiten, die der Internationale Währungsfonds seit einigen Jahren in den gleichen Fällen kurzfristiger Exporterlösschwankungen gewährt.

Die Ermittlung der effektiven Zahlungen der Agentur im Falle eines Rückgangs der erwarteten Exporterlöse berücksichtigt auch die vorhandenen Überschüsse aus den früheren Jahren der Planperiode. Zu diesem Zweck werden die jährlichen Abweichungen der Erwartungen von den tatsächlichen Einnahmen festgehalten. Vor einer Auszahlung werden sodann erst alle in den Vorjahren eventuell kumulierten Überschüsse abgezogen. Die insgesamt von der Agentur während einer etwa fünfjährigen Periode ausgezahlten Beträge werden — nach den Vorstellungen der Weltbank — in der neuen Vereinbarung dann als langfristige Schulden betrachtet, die möglicherweise erzielten Nettoüberschüsse, d. h. die Mehreinnahmen gegenüber den Erwartungen, dagegen nicht als Finanzierungsreserve für spätere Ausfälle betrachtet. Dieses Verfahren scheint auch gerechtfertigt, weil ein aus einer längeren Periode resultierender Überschuß schließlich auch zur beschleunigten Entwicklung eines Landes verwandt werden soll. Im übrigen versteht sich, daß die Agentur nur die Mittel zur Verfügung stellt, die den Ausfall an Devisenkosten in den entsprechenden Entwicklungsprojekten kompensieren.

Gefahr unausgeglichener Rohstoffmärkte bleibt bestehen

Das neue Projekt der Ausgleichsfinanzierung birgt also eine solche Fülle technischer und politisch-psychologischer Probleme in sich, daß es schwer fällt, ein abgewogenes Urteil — zumal noch in diesem Stadium der Beratung — abzugeben. Viel wird von der praktischen Ausgestaltung abhängen. Positiv ist ohne Zweifel die Tatsache zu werten, daß über den Umweg eines solchen Abkommens die Entwicklungsländer angehalten werden könnten, den Aufbau einer Entwicklungsplanung und die Schaffung einer systematischen Wirtschaftspolitik zu forcieren. Darüber hinaus ist sicher jedes Mittel gut, das zu einer weiteren internationalen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungs- und Industrieländern führt.

Die größte Gefahr besteht aber darin, daß die Rohstoffländer — ähnlich wie übrigens auch bei den Rohstoffabkommen — in der Ausgleichsfinanzierung ein Allheilmittel sehen, auf das sie blind vertrauen können. Sie geraten nur zu leicht in die Gefahr, ihre eigene Funktion bei der Herstellung des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage auf den Weltmärkten — sei es durch eine Produktionseinschränkung im Falle einer nachhaltigen Überproduktion, sei es durch eine schnelle Produktionsausdehnung bei einer Mangellage — zu vergessen. Diese bei vielen Produkten bestehende Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage ist und bleibt aber die entscheidende Ursache für die internationalen Rohstoffpreisschwankungen. Sie durch die Abkommen der verschiedensten Art ausschalten zu wollen, heißt nichts anderes, als die Weltwirtschaft des besten aller möglichen Orientierungsinstrumente für die Anpassung von Angebot und Nachfrage zu berauben. Die Überschuß- oder Knappheitssituationen, die auch und gerade unter dem Schutz „wasserdichter" Abkommen und durch die Ausschaltung aller mit einer Preisänderung verbundenen Wirkungen entstehen können, werden die internationale Gemeinschaft vielleicht noch sehr viel mehr Geld kosten als die heute unvermeidlichen und sicher nicht angenehmen Preisschwankungen. Last not least sollte man auch in diesem Zusammenhang nicht vergessen, das bei allem guten Willen, die Zukunft möglichst exakt vorauszusehen und im Falle der Entwicklungsländer die Fortführung der einmal festgelegten Entwicklungsprogramme gegen alle Eventualitäten abzusichern, gewisse Diskrepanzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit nie ganz ausschaltbar sein werden.

Rein ökonomisch gesehen sprechen also beinahe mehr Argumente gegen die Einführung des neuen Mechanismus zur Ausgleichsfinanzierung als dafür. Aus rein politischen Überlegungen wird man aber sehr wahrscheinlich diese Pläne verwirklichen. Schließlich wurde die entsprechende Resolution ursprünglich von Großbritannien und Schweden angeregt und von der Welthandelskonferenz mit 106 Stimmen ohne Gegenstimme — bei zehn Enthaltungen, die alle aus dem Ostblock kamen — angenommen.

Dr. Hans-Joachim Hartmann, Hamburg